

Der größte Teil der Welt fehlt beim Gipfel

Grünes Podium im d.a.i. forderte soziale und ökologische Standards für die Globalisierung

TÜBINGEN (dhe). Dem G 8-Gipfel im Juni fehlt die demokratische Legitimation. So eröffnete Winfried Hermann, Bundestagsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen, die Podiumsdiskussion am Mittwochabend im Deutsch-Amerikanischen Institut (d.a.i.). Die acht mächtigsten Industriestaaten beherrschten zwar 50 Prozent des globalen Handels, vertreten aber nur ein Fünftel der Weltbevölkerung.

„Der größte Teil der Welt fehlt. Ganz Afrika sitzt nicht mit am Tisch.“ Das sagte Winfried Hermann vor den rund 80 Zuhörern im Alter von 20 bis 75 Jahren. Um soziale und ökologische Leitlinien für eine gerechte Globalisierung sollte es dem von Hermann moderierten Podium gehen. Er und der Grünen-Kreisverband hatten eingeladen – in der Grünen-Diskussionsreihe „Wie geht’s nach morgen?“

Die entwicklungspolitische Grünen-Sprecherin Ute Koczy beobachtet bereits einen gewissen Wandel des politischen Klimas. „Die G 8-Staaten reagieren inzwischen auf Druck von außen.“ Neuerdings diskutierten sie auch über mehr Mittel für Entwicklungshilfe, die Bekämpfung von Aids und den Klimaschutz. Ganz oben auf der Agenda stehe beim Gipfeltreffen in Heiligendamm aber etwas anderes: „Wie sichert man die Rohstoffe und die Energiezufuhr?“

Deshalb hegt die Grünen-Politikerin große Zweifel hinsichtlich der

G 8-Ergebnisse. Aus eigener Anschauung weiß sie, dass von den Bodenschätzen beispielsweise in Nigeria, mittlerweile achtgrößter Öl- und Gaslieferant der Welt, nicht die Bevölkerung, sondern die Eliten und die multinationalen Unternehmen profitieren. Der G 8-Gipfel sei auch nicht vom Bundestag beziehungsweise den jeweiligen nationalen Parlamenten legitimiert. „Wir können erst hinterher Anträge stellen.“

G 8 in der Verantwortung

Koczy, Jahrgang 1961, hat eine Tübinger Vergangenheit. Vor 20 Jahren engagierte sie sich als Kulturwissenschafts- und Geografiestudentin bei den hiesigen Grünen und war Mitgründerin der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes.

Drei Viertel der HIV-Neuinfektionen in Afrika betreffen Frauen, berichtete die Grünen-Politikerin. Weil sie häufig einen niedrigen sozialen

Status hätten, könnten sie nur schwer auf einem wirkungsvollen Schutz bestehen. „Aids dreht das Rad der Geschichte zurück. Es richtet die gesellschaftliche Infrastruktur zugrunde“, sagte Koczy. Nach Schätzungen der Weltbank könne die Aids-Pandemie besonders betroffene Staaten bis zu 20 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts kosten. „95 Prozent der weltweit rund 40 Millionen Aidskranken leben in Entwicklungsländern.“

„Die G 8 sind Hauptverursacher der Klimakatastrophe und Hauptnutzer der weltweiten Rohstoffe“, sagte Koczy. „Sie müssen sich dieser Verantwortung stellen.“ Ländliche Regionen in armen Ländern bräuchten Zugang zu erneuerbaren Energien. „Wer arm ist, hat kein Licht und kann abends nicht lernen.“

Sven Giegold, Sprecher der globalisierungskritischen Organisation Attac, forderte im Hinblick auf den Klimaschutz einen kostenlosen Technologietransfer für arme Länder. „Sie werden diese Technik nicht für teures Geld von uns kaufen können.“ Dasselbe gelte für lebensnotwendige Medikamente. Die Pharmaindustrie in den USA und in Europa blockiere unter Verweis auf den Patentschutz die Produktion von billigeren Nachahmerprodukten. Doch die Globalisierung neoliberalen Typs

sei nicht allein ein Problem der Entwicklungsländer. Die Armut sei nach Europa zurückgekehrt.

Gegen neue Kohlekraftwerke

Ein erster Schritt sei öffentlicher Druck: „Wir akzeptieren diese unregulierte Globalisierung nicht“, sagte Giegold. Weltweit müssten ökologische und soziale Standards vereinbart werden. „Wenn wir uns diese Regeln nicht setzen, werden wir unter der durch den Treibhauseffekt verursachten Unfreiheit und sozialen Spaltung leiden“, so der Attac-Mitgründer. „Wir sind die ersten, die unseren Lebensstil ändern müssen.“ Stattdessen würden in Deutschland 25 neue Kohlekraftwerke gebaut. Es gebe kein Tempolimit und kein nationales Klimaschutzprogramm – entgegen klimafreundlicher Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der dritte Podiumsredner war Christian Erbe von der gleichnamigen Tübinger Firma für Medizintechnik. Er lehnte verbindliche soziale und ökologische Standards ab und regte entsprechende Selbstverpflichtungen der Industrie an. Die Produktion von Nachahmer-Medikamenten in armen Ländern sieht Erbe auch mit Skepsis. „Ist es gerecht, wenn diese dann international vertrieben werden?“

noch bis 26. Mai